

# Stimme der Freiheit

## Mitteilungen für Mitglieder und Freunde der Freien Bürger Union

Nr. 3/15

August 2015

17. Jahrgang

### Auf ein Wort des Landesvorsitzenden der FBU, Herrn *Reinhold Rupp*:

Liebe Freunde! Über Jahrzehnte haben wir erfolglos mit potentiellen Partnern verhandelt, um gemäß dem Motto „Nur gemeinsam sind wir stark“ einen Politikwechsel herbeizuführen. Durch ein Treffen mit Herrn Dr. *Lucke* von der AFD gelang es mir, nähere Kontakte zu der AFD im Saarland zu knüpfen, die nun, nach Dr. *Lucke*, ausgebaut werden.

Unser Landesgeschäftsführer und zweiter Vorsitzender *Axel Enders* traf sich schon desöfteren mit dem Landesvorsitzenden der AFD, Herrn *Josef Dörr*. Beide lernten sich schnell schätzen. Und was gar wunderbar anmutet, inhaltlich gibt es zwischen der AFD Saar und der FBU Saar nahezu keine unterschiedlichen Auffassungen. Damit stünde einer gemeinsamen Arbeit nichts mehr im Wege.

Übereinstimmend planen wir in allen Bereichen eine enge Zusammenarbeit, um nach erfolgreichem Einzug in den Landtag im Jahre 2017 die Umgestaltung der Republik - hin zu direkter Demokratie - in Angriff zu nehmen. Euer Reinhold.



Der Landesvorsitzende der FBU trifft auf die Landesvorsitzende der CDU.

Wir wissen nicht, was genau verhandelt wurde, hoffen aber, daß es um die Auslotung der Gemeinsamkeiten ging bezüglich einer möglichen Zusammenarbeit im Landtag nach der nächsten Landtagswahl in 2017.

Redakteur AE

### Auf ein Wort des Landesgeschäftsführers der FBU Landesverband Saar

Liebe Weggefährten,

ich fände es gut, wenn es gelänge, daß die *Alternative für Deutschland LV Saar* und die *Freie Bürger Union LV Saar* zusammenarbeiten, - statt gegeneinander anzutreten, - um so die freiwerdenden personellen Synergieeffekte zu beiderseitigem Nutzen auszuschöpfen.

Zusammenarbeit verbindet. Ganz in diesem Sinne hoffe ich auf viele Gemeinsamkeiten.

Ihr *Axel Enders*

### Auf ein Wort des Bundesvorsitzenden der FBU, Herrn *Walter Pfeleiderer*:

Ich gratuliere dem Landesverband der FBU Saar zu der Zusammenarbeit mit der AFD und wünsche viel Erfolg. Zumal ja die erste erfolgreiche Zusammenarbeit von FBU und AFD im Gemeinderat Vaterstetten in Bayern unter dem Listennamen FBU/AFD vorbildlich funktioniert.

### Aus der Arbeit der FBU – LV Saar:

Schon seit Monaten nehmen wir an den montäglichen Abendspaziergängen im Saarland teil. Zuspruch erfahren wir viel, aber zu unserem großen Bedauern *trauen* sich die Deutschen nicht auf die Straße. Man kommt sich vor wie in einem Überwachungsstaat, wie früher in der DDR. AE.

### Termine für Mitglieder, Freunde und Gäste

#### **Bürgertreffen:**

- Kreisverband Saarlouis: **jeder 1. MITTWOCH im Monat** außer feiertags, 19 Uhr im Café Stormwind (Tel. 06831-5121), Saarlouiser Str. 4 in Ensdorf mit Herrn R. Rupp, Tel. 06831-3554.
- Alle anderen Termine wurden wegen den bevorstehenden Gesprächen mit der AFD abgesagt.

## **Neues zum Abschluß von MH17 und: Ein weiteres Flugzeug ist verschwunden...**

Einige Ausgaben zurück belegten wir, daß der Abschluß des Fluges MH17 nicht durch die Russen oder durch die russischen Freiheitskämpfer erfolgte, sondern durch die ukrainische Luftwaffe. Während die ukrainische Regierung die Angehörigen der Opfer weiterhin verhöhnt, indem sie durch das ihr vom „Westen“ zugesprochene Veto-Recht noch immer die Veröffentlichung des Untersuchungsergebnisses verhindert, sind weitere Neuigkeiten bekanntgeworden. Der ehemalige Lufthansapilot Peter Haisenko analysierte in Holland vorliegende Fotos von Wrackteilen, was seine Vermutung bestätigte, daß das Flugzeug von einer Luft-Luft-Rakete - und nicht wie von den westlichen Lügen-Medien bis heute behauptet, - von einer Boden-Luft-Rakete abgeschossen worden war.

Die Nachrichtenagentur „Reuters“ hatte behauptet, Zeugen hätten gesehen, wie eine Rakete zum Flugzeug aufstieg. Einer der Zeugen konnte ausfindig gemacht werden. Er bezichtigt die Nachrichtenagentur, seine Aussage ins Gegenteil verkehrt zu haben. Wahrlich, wir sind nur noch von Lügenmedien umgeben, die uns ohne jegliche moralische Bedenken in einen Krieg mit Russland treiben wollen.

Die Niederlande, die die meisten Opfer beklagen, haben, - wohl unter Druck, - 147 Ermittlungsunterlagen für geheim erklärt. Die UN-Resolution 2166 bezüglich einer professionellen Untersuchung der Katastrophe wurde NICHT umgesetzt. Die Ukraine weigert sich, die Gespräche der Fluglotsen mit den Piloten zu bekanntzugeben. Alle Fakten, die Rußland zu der Aufklärung des Vorfalles beigesteuert hat, finden keine Beachtung. Ein britisches Institut namens *Bellingcat Russland* behauptete gar, die von Russland vorgelegten Satellitenaufnahmen seien gefälscht. Mittlerweile wird das Institut von den westlichen Medien nicht mehr zitiert, weil die Lügen zu offensichtlich als bloße Propaganda entlarvt wurden. Ferner wird Rußland die Einsicht in die Untersuchungsunterlagen verwehrt. Unter diesen Umständen hat Rußland gut daran getan, gegen die öffentliche und einseitige Untersuchung des Vorfalles in der UNO sein Veto einzulegen.

Durchgesickert ist die Aussage des Hauptzeugen, dem ehemaligen ukrainischen Luftwaffentechniker *Jewgeni Agapow*, der ausgesagt hat, daß ein ukrainischer Kampfflugzeug des Typs Suchoi Su-25 an der Katastrophe beteiligt gewesen sei. Der Pilot hatte nach seiner Landung geäußert: „Es war das falsche Flugzeug.“ Da zur selben Zeit der russische Präsident auf einer ähnlichen Route auf dem Heimflug von Brasilien war, liegt der Verdacht nahe, daß der Anschlag offenbar seiner Maschine gegolten hatte. Das Motiv: Präsident Putin will wie seinerzeit Hussein und Gaddafi den Dollar als Zahlungsmittel für das Öl, - also als Weltleitwährung abschaffen.

Seit 2015 werden russische Flugzeuge von ihren mit den baltischen Staaten abgestimmten Flugrouten abgedrängt und belästigt. Dabei ist den Piloten der Nato-Jäger jeglicher Sprechfunkkontakt untersagt! Sie dürfen kein Flugzeug anfunken. So lassen sich mögliche Mißverständnisse nicht ausschließen.

Im ersten Halbjahr 2015 ist eine Maschine der litauischen Fluglinie *Klaipeda Airlines* über der Ostsee „verschwunden“. Haben Sie in den (deutschen) Nachrichten etwas über die An-2 gehört. Nein? **Da wir uns schon in der einem jeden Krieg vorangehenden Propagandaphase befinden, hätten Sie „Feindsender“ hören oder Litauische Zeitungen lesen müssen.**

Das „verschwundene“ Flugzeug war eine in der Sowjetunion gebaute Antonow An-2. Die beiden Piloten verfügten über 15.000 Stunden Flugerfahrung. Trotz intensiver Suche konnten bzw. durften zuerst keine Überreste des Flugzeugs gefunden werden. Mittlerweile haben litauische Rettungsmannschaften das Wrack 120 Kilometer vor der litauischen Küste auf dem Grund der Ostsee in 124 Metern Tiefe ausfindig gemacht. Nur die Leiche eines Piloten wurde gefunden und geborgen. Wie in der Ukraine, so liegt auch dem litauischen Staat nicht an einer Aufklärung der Katastrophe, weshalb die Bergung des Wracks abgelehnt wurde mit der wenig glaubhaften Behauptung, das Wrack sei bei der Leichenbergung zu sehr beschädigt worden!!!

Der Besitzer der Fluglinie geht davon aus, daß die Antonow abgeschossen worden sei. Offenbar hielten die Nato-Jäger das Flugzeug für eine russische Maschine. Übrigens, das hat etwas: Litauen gehört zu den Scharfmachern in der Nato und fordert ständig ein härteres Vorgehen gegen Rußland. **Die Nato gibt ihr bestes und schießt nach Cowboy-Manier ab, was ihr vor die Flintenläufe kommt.** Prompt wird ein eigenes Flugzeug abgeschossen. Hochnot peinlich! Solche Informationen müssen dem unmündigen deutschen Michel natürlich mit allen Mitteln vorenthalten werden, bevor der vielleicht doch noch anfängt, selbständig zu denken...

Angenommen, es wäre der Nato tatsächlich gelungen, ein russisches Flugzeug abzuschießen, so wie die Polen am Vorabend des Zweiten Weltkrieges ein deutsches Flugzeug (über deutschem Gebiet) abgeschossen hatten... Wären wir dann wieder im Krieg, so wie damals?...

„Krumm sollst du nicht gerade nennen und Unrecht nicht für Recht erkennen“ (Volksweisheit).

## Wie einst Pest und Cholera, so gehören nun Mord und Totschlag zu Deutschland

und zum deutschen Straßenbild. „Krieg und Terror im Namen Allahs - auch in Deutschland - ?“ So lautete das Thema der „Berliner Sicherheitsgespräche“ des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK). Der Vorsitzende *André Schulz* kritisierte, daß seit dem Jahr 2.000 über 15.000 Stellen bei der Polizei abgebaut wurden und noch mehr abgebaut werden sollen. Allein bei der Kriminalpolizei fehlen rund 10.000 Stellen. Und das bei einer täglich zunehmenden Gefährdungslage.

Von den Alltagsverbrechen und der politischen Gewalt abgesehen, wird die Größe der islamistisch-terroristischen Szene in Deutschland auf mehr als 1.000 Personen geschätzt. Die Folge ist, daß der Staat seine Bürger nicht mehr schützen kann.

Die Antirassismus-Gesetzgebung liegt wie eine Dunstglocke der Angst über dem Land. Die Menschen sollen vor dem antideutschen Rassismus und vor der täglichen Gewalt die Augen verschließen. Der Staat als Ordnungsmacht hat sich zurückgezogen. Was bleibt, ist der Verwesungsgeruch einer zerfallenen Gesellschaft. Dies lockt Geier, Fanatiker und Verbrecher herbei.

Der alarmierende Anstieg der Asylanträge signalisiert weitere Gefahr für die Innere Sicherheit unseres Landes!!! Deshalb sollte - wie schon in der Schweiz - die Bewegungsfreiheit von Asylbewerbern bis zur Entscheidung über ihren Asylantrag eingeschränkt werden.

### Anfang August war ich in der Hauptstadt der Gewalt, in Berlin.

Immer mehr Bürger müssen die S-Bahn meiden. Blitzschnell werden den Opfern mit Teppichmessern die Taschen oder die Bekleidung aufgeschlitzt, um sie zu berauben. Gefasste Täter kommen unverzüglich wieder auf freien Fuß, mit der „Straf“-Auflage, z. B. 50 Tagessätze zu je drei Euro zu entrichten. Mit einer Diebestour freilich haben sie locker die 150 Euro wieder beschafft. Das „Wehret den Anfängen“ ist zur bloßen Floskel verkommen. Wegen Personalmangels bei der Polizei wird in Berlin bei Einbruch, Fahrraddiebstahl und bei Sachbeschädigungen nur noch dann ermittelt, wenn abschätzbar schnelle Aussicht auf Erfolg besteht. Berlin ist ein wahres Paradies, nicht nur für Kleinkriminelle. Berlin ist der rechtsfreie Raum schlechthin (außer für Falschparker), wie die bundesweit **niedrigste Aufklärungsquote** von 34,7 % beim Gewaltdelikt Raub belegt.

Der Görlitzer Park in Berlin wurde von der Polizei zu einer nicht begehbaren Zone erklärt, weil ihn ausländische Diebesbanden und Dealer zu ihrem Wirkungsraum erklärt haben. Bürger und Touristen werden mittels Postkarten und Plakaten aufgefordert, die Verbrecher zu meiden, und, wenn das nicht möglich ist, sollen sie sich ohne Gegenwehr friedlich ausrauben lassen! Aha, die hilflose Staatsmacht fordert die Opfer auf, mit den Diebesbanden zu „kooperieren“, weil die Polizei nicht mehr in der Lage ist, die Bürger zu schützen. Armes Berlin - und andere Städte.

Das Risiko, Opfer einer Gewalttat eines Antifa- oder Rotfaschisten zu werden ist hundertmal größer und die Gefahr, Opfer eines „migrantischen (nicht eines grantischen) Mitbürgers“ zu werden, ist tausendfach größer als die Gefahr, Opfer eines Rechtsradikalen zu werden. Dazu *Henryk M. Broder* in der „Welt“ vom 06. Nov. 2013: „Man fragt sich auch, warum Demokratie und Freiheit nur ‚gegen Angriffe von rechts‘ verteidigt werden müssen. Droht von links keine Gefahr? ... Man möchte auch wissen, warum in einer Stadt, in der die Benutzung der S-Bahn und U-Bahn mit einem unkalkulierbaren Risiko verbunden ist, die Bürger vom Staat zum Kampf gegen rechts aufgerufen werden, während die Polizei nicht in der Lage oder nicht willens ist, die Sicherheit in den U-Bahnhöfen zu garantieren? **Weil die Prügler und Totschläger keinen rechten, sondern meistens einen Migrationshintergrund haben?**“

So wie in Berlin, wo in 2013 sage und schreibe 84 Prozent der Intensivtäter Immigranten waren. Da fragt man sich schon, warum unsere Regierung die Überflutung unseres Landes „toleriert“ und nichts zur Eindämmung der ständig steigenden Ausländerkriminalität unternimmt. - Jedes Opfer ist ein Opfer zuviel, sogar dann, so wagen wir zu behaupten, wenn es ein Deutscher ist!

Mancher Berliner wünscht sich, wir hätten „amerikanische Verhältnisse“. Denn umgerechnet auf die Bevölkerung lag die Zahl der **Wohnungseinbrüche mit 11.000** um 45 Prozent höher als in New York City. Die Aufklärungsquote liegt bei 8,1 Prozent. In Berlin haben 68 % aller Täter einen Ausländer-Hintergrund. Das sind die Folgen der „kulturellen Durchmischung.“ Und was tut die Politik hiezulande? Nichts! Und die Justiz? Mit Ihren milden Urteilen („Migrantenbonus“) läßt sie geradezu ein zu Wiederholungstaten! Gewaltverbrecher werden NICHT einmal abgeschoben!

Die ungehemmte Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft an die Sozialtouristen führt auch zur Verzerrung der Verbrechenstatistiken. Dazu *Reinhard Müller* in der FAZ vom 12. August 2014: „Daß viele Übeltäter nicht nur EU-Bürger, sondern mittlerweile auch Deutsche sind, fällt auf die Volksparteien zurück, die ihr Volk vergessen haben. Die Verschleuderung der deutschen Staatsangehörigkeit soll die Integration befördern, doch sie zerreißt das Land... **Wer alles für alle offenhält, ist nicht ganz dicht!**“

## Wo bleiben die Grenzkontrollen?

Es ist nicht hinnehmbar, daß sich einige Clans, meist Roma, alles vom Staat bezahlen lassen, aber die Straße als rechtsfreien Raum betrachten. Die FBU fordert, Kinder krimineller Clans aus den Familien zu holen und in Heimen unterzubringen, alternativ minderjährige ausländische Mehrfachstraftäter mitsamt ihren Familien auszuweisen!

Wir fordern die statistische Erfassung rassistischer deutschfeindlicher Straftaten und ebenso die Erfassung von Straftätern mit Migrationshintergrund, damit längst überfällige Gegenmaßnahmen ergriffen werden können.

Der australische Premier *Tony Abbot* hat für sein Land die Notbremse gezogen: „Jesus wußte, daß alles auf der Welt seinen Platz hat, und Australien ist nicht der Platz für jedermann.“ Umso mehr sollten diese Worte für Deutschland gelten mit seiner vergleichsweise extremen Überbevölkerung, seinen geringeren Ressourcen, seinen hilflosen Ordnungskräften (außer auf der Straße) und seinem schwachen Rechtsstaat!

*Holger Münch*, Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA) in 2015: „In den vergangenen fünf Jahren verzeichnen wir einen Anstieg der ausländischen Tatverdächtigen um 40 Prozent...“ In einem Dossier stellt das BKA fest, daß die georgische **Mafia das Asylrecht systematisch mißbraucht, um Verbrecher nach Deutschland einzuschleusen**, um hierzulande die Häuser und Läden auszuräumen. Der Schaden in Euro wird im neunstelligen (!!!) Bereich vermutet. Doch statt entschieden gegen den Mißbrauch des Asylrechts vorzugehen, sollen **Lug und Trug** die Unfähigkeit des Staates kaschieren, seine Bürger zu schützen:

Das *Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen* stellte in einer Studie fest, daß statt der angegebenen 16 Prozent lediglich 2,6 Prozent der Wohnungseinbrüche in Deutschland aufgeklärt werden. Das kommt daher, daß auch Fälle als aufgeklärt zählen, wenn das Verfahren lediglich eingestellt wurde. Die Hälfte der Täter ist im Ausland geboren. Wie viele in Deutschland geborene bzw. eingedeutschte Ausländer beteiligt sind, konnten wir leider nicht in Erfahrung bringen.

Wo bleiben die Grenzkontrollen? Während des bayerischen G7-Gipfeltreffens führten die kurzzeitigen Grenzkontrollen zur Feststellung von 10.000 illegalen Einreisen und zur Erzielung von 1.056 Fahndungstreffern. Damit bestätigte sich die Vermutung, daß Deutschland das Eldorado für Verbrecher ist! Trotz dieser Fahndungserfolge werden die Rufer nach Grenzkontrollen als Europafeinde diffamiert. Hoffen wir, daß die Zahl der Opfer unter den Diffamierern auch spürbar zunimmt! Es ist nicht hinnehmbar, daß die Täter mühelos alle europäischen Grenzen überwinden können, um vor allem in Deutschland ihre Überfälle und Raubzüge durchzuführen. Es ist nicht hinnehmbar, daß Unruhestifter und Wiederholungsstraftäter ihr Wohnumfeld terrorisieren, daß die Opfer von Einbrüchen und Gewalt wegziehen müssen und die Täter bleiben.

Wie in Amsterdam sollten auch hierzulande unsoziale Bürger ohne richterlichen Beschluß zur Steigerung ihrer Integrationsfähigkeit in eigene Siedlungslager, z. B. in Wohncontainer, für ein halbes Jahr zwangsumgesiedelt werden. Dort absolvieren sie dann unter ständiger Aufsicht von Sozialarbeitern und Bewährungshelfern einen „Benimm-Kurs“, bis ihr Verhalten einer Rückkehr in die Gesellschaft nicht mehr im Wege steht.

Der Staat versagt. Deshalb formieren sich in Deutschland immer mehr **Bürgerwehren**. Eine 30jährige Mutter in Küstrin-Kiez (Märkisch-Oderland): „Wir müssen unseren Ort, unsere Heimat **schützen – weil: Die eigentlichen Ordnungshüter tun es ja nicht.**“ Die 22 Freiwilligen gehen gruppenweise mit Mobiltelefonen und Nachtsichtgeräten auf Streife. Die Bürgerwehr ist erfolgreich, die Einbrüche nahmen deutlich ab. So auch in Bleyen-Genschmar. Überall in den Grenzgebieten nimmt die Wut der Bürger über die Tatenlosigkeit des Staates zu, dem zu Recht vorgeworfen wird, statt die Ausländer-Kriminalität zu bekämpfen, sich für die Einwanderung aus kriminellen und korrupten EU-Staaten wie Rumänien und Bulgarien („Fachkräfte“) auch noch stark zu machen.

Aber auch in Westdeutschland bilden sich bereits Bürgerwehren wie z. B. in Tiefenbronn bei Pforzheim und anderswo: Eine Blamage für unseren Rechtsstaat! Die *Pforzheimer Zeitung*: „Die Menschen haben Angst, ihr Hab und Gut zu verlieren. Die Menschen haben Angst, ihre Wohnung zu verlassen. Die Menschen haben Angst, auf offener Straße Opfer von Diebesbanden zu werden.“ Durch den hohen Ausländeranteil unter den Straftätern würden die Menschen „zunehmend den Eindruck bekommen, daß die Osterweiterung der EU zu Lasten der Sicherheit in unserem Land“ gehe und der Staat bei der Kriminalitätsbekämpfung versage.

Die Bürger verlassen sich zu ihrem Schutz bei der Durchsetzung ihrer Rechte auf den Staat. Da sind sie verlassen. So ist es nicht verwunderlich, daß die Bürger das Gewaltmonopol des Staates durch Selbstschutzmaßnahmen infrage stellen. Doch **statt die Bürger zu schützen**, hat der Innenminister von Sachsen-Anhalt, *Holger Stahlknecht* (CDU), angekündigt, die **Asylunterkünfte** des Landes noch besser von der kaum noch vorhandenen Polizei schützen zu lassen.

**Der Islam gehört nicht zu Europa,- aber einige Metropolen gehören bereits zum Islam!**

Bezüglich **muslimischer Kriminalität** gibt es leider aus Gründen eines falsch verstandenen Toleranzbegriffes kaum aussagekräftige Statistiken. Beispiel Vergewaltigungen durch Ausländer: Durch Schweden rollt eine regelrechte Vergewaltigungswelle. Schweden weist nach dem Zwergstaat Lesotho die zweithöchste Vergewaltigungsrate der Welt auf. In ihrem Leben wird jede vierte Schwedin Opfer einer Vergewaltigung. Drei Viertel der Täter sind Muslime! Demnächst hier? Und was tun die Medien? Sie praktizieren das Schweigekartell, Tag für Tag! Oder haben Sie in den Nachrichten oder in den Zeitungen z. B. etwas von dem 16-jährigen Mädchen aus Worms vernommen, das am 15 Februar 2012 von drei Türken in einem Wormser Parkhaus erst vergewaltigt und dann mit einer aufgeschlagenen Flasche verstümmelt worden ist? Verboten das der Koran? Und wenn ja, warum habt Ihr Muslime und Ihr Imame dann diese Tat nicht verurteilt? Etwa weil Kinderpornografie und Kindesmißbrauch im islamisch geprägten Pakistan ausdrücklich erlaubt sind? Werden diese Verbrechen so hartnäckig verschwiegen, weil ihre Zahl unfaßbar ist?

**Wann gehen unsere selbsternannten Gutmenschen endlich wegen dieser Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf die Straße und demonstrieren?** Erst wenn ihre eigenen Kinder Opfer werden? Keinesfalls wollen wir „französische Verhältnisse“ wie in Marseille:

„La Zone“ werden dort fünf sich in muslimischer Hand befindende Arrondissements genannt, in die sich sogar Krankenwagen und Feuerwehr nur mehr mit Polizeischutz wagen. Allein 9.000 Raubüberfälle sprechen hier eine eigene Sprache. Die ansonsten nicht gerade zimperliche französische Polizei ist ebenfalls machtlos!

Im „Chicago des Nordens“, der schwedischen Stadt Malmö, sind mittlerweile ein Drittel der 300.000 Einwohner Muslime. Monat für Monat werden 200 Menschen auf der Straße ausgeraubt. Die Straßen werden von muslimischen Jugendgangs beherrscht. Ältere Mitbürger trauen sich nicht mehr aus dem Haus. Besonders für jüdische Familien gibt es keine Sicherheit mehr. Der islamische Antisemitismus zwingt sie zum Verlassen der Stadt. Menschen, die Anzeige erstatten, werden sogar beim Verlassen von Polizeistationen ermordet!!!

Während die Politiker von Toleranz schwafeln, wurde die neu eingerichtete Polizeiwache zur Untersuchung islamischer Mordfälle **in die Luft gesprengt!!! Brennende Autos und ausgeraubte Ladengeschäfte gehören zum Alltag in Malmö.** Demnächst auch hierzulande? Das schwedische Statistikamt verzeichnet fast 17.000 Sexualverbrechen von den Anhängern des Propheten und 87.000 Anzeigen wegen gewalttätiger Angriffe auf Christen. Der islamische Interessenverband fordert in Schweden die Abschaffung des Sexualkundeunterrichts, die Abschaffung des gemeinsamen Schwimmunterrichts, spezielle Frauentage in Bädern, zinslose Darlehen zum Bau von Moscheen, eine eigene Gesetzgebung für Muslime und die Aufhebung der Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Die FBU fordert die Abschaffung der Religionsfreiheit für die menschenverachtende Staatsform des Islam, zumindest aber eine allgemeingültige deutsche Fassung des Korans für die Religionsausübung in den Moscheen sowie ein Verbot der Auslandsfinanzierung von Moscheen!

Vor einiger Zeit konnte man in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* lesen: „Wir müssen uns entscheiden, was wir lieber auf unseren Straßen sehen wollen: bewaffnete Polizisten oder islamische Kopfabstecher.“

Keinesfalls wollen wir deutsche Gewalt kleinreden. Natürlich ist es nicht hinnehmbar, daß in Berlin sechsmal(!) so viele linksextreme Gewalttaten stattfinden als rechtsextreme. Linke Gewalt tut genauso weh wie rechte Gewalt. Doch solange Politik und Justiz auf diesem Auge blind sind, wird die Gewalt in unserem Land weiter zunehmen!

Alternativ lassen die Etablierten immer öfter Demonstrationen der Bürger verbieten ohne zu bedenken, daß mit Demonstrationsverboten die Lichter unserer Kultur erlöschen. Regierung und linke Befürworter von Demonstrationsverboten begeben sich damit auf die gleiche Stufe wie die Nazis. So dämmert eine neue Diktatur herauf, diesmal verursacht von Gutmenschen und Rotfaschisten.

Dazu *Thomas Böhm, Journalistenwatch.com* vom 02.03.15: „Dem einen wird ‚betriebsbedingt‘ gekündigt, wenn er auf der ‚falschen‘ Demo mitmarschiert, dem anderen werden die Aufträge entzogen, weil er auf Facebook nicht ‚korrekt‘ gepostet hat, und dem dritten wird die Kundschaft abspenstig gemacht, weil er unerlaubt ein Plakat des politischen Gegners ins Fenster gehängt hat. Es ist immer wieder interessant, wie eng die Nazis von damals mit den Linken von heute, was die Methoden der politischen Auseinandersetzung betrifft, verbunden sind.“

Es ist höchste Zeit, daß der Staat gegen die im Alkohol- und Drogendusel dahingammelnden Rotfaschisten von der Antifa mit aller Härte vorgeht, bevor diese Anarchisten der Straße ihre Brandsätze nicht nur auf unsere Autos, sondern auch noch in unsere Wohnungen werfen!

## **Die Partei „Die Linke“ huldigte einst dem Kommunismus, - nun dem Salafismus!**

„Die Linke“ und die Gewerkschaften huldigen dem IS, indem sie Demonstrationen gegen den IS unterbinden wollen. Solcherart machen sie sich gemein mit Mördern. Sind Juden für Antifa und Linke, für die Gewerkschaften und die Medien etwa keine Menschen mehr? Der Kreis würde sich schließen, verstanden sich seinerzeit doch auch die *Nationalsozialisten* als Linke.

Während sich die „Flüchtlinge“ in den Asylantenheimen gegenseitig malträtiert, auf unseren Straßen ihre Kriege austragen und die Sicherheit der Deutschen infrage stellen, besteht die einzige Reaktion der „Politik“ in immer neuen Gesetzesvorschlägen. Es ist an der Zeit, die Polizei – auch personell – aufzurüsten statt abzurüsten, die Bürger zu schützen und mit aller gebotenen Härte die geltenden Gesetze durchzusetzen. Stattdessen schaut man weg wie bei der Anti-Israel-Demo im Sommer 2014, als radikale Fanatiker brüllten: „Juden ins Gas!“

Böseste Volksverhetzung. Doch von 49 Strafverfahren wurden bislang 45 eingestellt, weil die Teilnehmer keine deutschen Nazis, sondern Nazis mit Migrationshintergrund waren. Unsere „Gäste“, auch wenn sie niemand eingeladen hat (bis auf den Bundespräsidenten), dürfen sich auf unseren Straßen wie die Schweine aufführen. Der gute Deutsche ist ja tolerant und nimmt gerne Rücksicht auf fremde Kulturen, in denen Judenhaß Bürgerpflicht ist. Eines Tages wird es auch für den tolerantesten Christen zu spät sein, dann, wenn es auch für ihn heißt: „Christen ins Gas!“

Warum sperrt man eigentlich nur deutsche Nazis ein und nicht die ausländischen Nazis, die Haß und Gewalt in unser Land tragen?

Apropos Nazis: Erinnern Sie sich an den „Aufstand der Anständigen“ gegen die bösen „Braunen“, als im Jahr 2000 ein Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge verübt worden war? Ich hoffe, Sie haben sich damals nicht auch instrumentalisieren lassen. Denn wie wir jetzt erfahren haben, waren die „Unanständigen“ nicht die bösen Nazis, sondern zwei besonders böse arabische Täter, also nicht Braunfaschisten, sondern **Islamfaschisten!**

So wie man früher nichts gegen die nationalsozialistische Regierung sagen durfte, so zieht sich heute die sogenannte „Politische Korrektheit“ wie Mehltau über unser Land. *Klaus Kelle* im *Focus* vom 10.02.2014: „Gibt es einen gewaltsamen Übergriff eines Deutschen gegen Migranten, wissen wir am nächsten Tag alles über den Täter. Gibt es einen gewaltsamen Übergriff von Migranten gegen Deutsche, berichten die meisten Medien bestenfalls, die Täter seien ‚Jugendliche‘. Und man verweigert sich auch der Tatsache, daß die Straßenschlachten am Rande ekelhafter Neonazi-Aufmärsche fast ausschließlich durch linksextreme Gegendemonstranten ... ausgelöst werden.“ Sogar Angriffe von Roffaschisten auf Polizeistationen werden von der Partei „Die Linke“ noch gedeckt, so geschehen beim Angriff auf das Polizeirevier von Leipzig-Connewitz am 07.01.2015. Fünfzig Vermummte bewarfen das Revier mit Pflastersteinen und steckten ein Polizeifahrzeug in Brand. Das sollten sich mal die Braunfaschisten erlauben... Der Staat ist blind bei der stetig zunehmenden Gewalt von links!

Dabei nehmen die roten Extremisten nicht einmal Rücksicht auf Ausländer. So wurde im Nürnberger Hauptbahnhof ein Mann türkischer Herkunft von zwei Linksfaschisten ins Koma geprügelt, weil er rechtsradikale Parolen gegrölt und eine Reichskriegsflagge geschwenkt haben soll (was jeder Bürger darf, jedenfalls bzgl. der Reichskriegsflagge!).

Die Zahl der politisch motivierten Straftaten ist im Jahr 2013 extrem angestiegen. Fast jede Straftat eines als „rechts“ – von wem auch immer - eingestuften Bürgers wird mittlerweile als politisch motiviert angesehen, auch dann, wenn sie überhaupt keinen politischen Hintergrund hat, z. B. ein weißer Mitbürger erschlägt im Streit um eine Frau einen schwarzen Mitbürger.

Diese Vorgehensweise soll die Statistik „schönen“, um die linksextremen Gewalttaten klein zu reden. Doch selbst das funktioniert nicht, so haben die linksextremen Gewalttaten allein in 2013 gegenüber dem Vorjahr um sage und schreibe 40,1 % zugenommen laut Innenminister Thomas de Maizière, und das trotz mühsamer **griechenlandähnlicher Verfälschung aller Statistiken**. Statt der Gewalt Einhalt zu gebieten, soll jetzt sogar der staatliche Fördertopf zur Bekämpfung des Linksextremismus aufgelöst werden, um die Mittel für den Kampf gegen rechts zu verwenden.

Also: Werden Sie von einem Rechten zusammengeschlagen, dann ist Ihnen öffentliche Anteilnahme bis hin zu einer Lichterkette im Todesfall gewiß, sind Sie aber so dämlich und lassen sich von einem Linken das Licht ausblasen, dann ist das keiner Beachtung wert, selber schuld! Das ist eine **menschenverachtende Verhöhnung der täglich zunehmenden Opfer linker Gewalt!**

Gewaltfreiheit ist offenbar einer der Gründe, warum die „schweigende Mehrheit“ nicht gehört wird. Weil sie sich nicht mit dem gewalttätigen Straßenpöbel gemein macht, weil die Bürgerschaft eben nicht laut grölend Fahnen schwenkenden Hetzern folgt. Und wer am nächsten Tag wieder zur Arbeit muß, ist nicht so leicht für Demonstrationen zu begeistern wie Langzeitarbeitslose und arbeitsscheue Berufsstudenten.

## Nigeria ist überall

In Nigeria wurden die Wahlen verschoben, weil radikal islamische Gruppen die Durchsetzung von Bürgerrechten unmöglich machen. Staatsfeinde setzen demokratische Grundrechte außer Kraft. Bei uns undenkbar? Nein, auch wir sind schon mittendrin. Siehe das Demonstrationsverbot in Dresden: Die Staatsmacht sah sich angesichts islamistischer Drohungen außerstande, für Ruhe und Ordnung zu garantieren. Siehe Leipzig: Weil gewalttätige und kriminelle Staatsfeinde aus den Reihen der rotfaschistischen Antifa es forderten, wurde auch dort friedlichen Bürger ihre Demonstration untersagt. Das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit ist in Deutschland ausgehebelt.

Wie einst die ihrem Ende entgegengehende Weimarer Republik vor dem Nationalsozialismus kapitulierte, so knickt heute der „Rechtsstaat“ vor dem Islamismus ein. Nigeria ist überall!

Während unsere Exekutive voll damit beschäftigt ist, unerbittlich Verkehrssünder, Nazis und kleine Steuersünder zu jagen und abzukassieren, regieren die Islam-Terroristen unangefochten unser Land. Sie bestimmen, ob Karnevalsumzüge stattfinden, wie 2015 in Braunschweig, und ob Demonstrationen stattfinden dürfen wie *Pegida*...

**Und wie heute schon in Nordrhein-Westfalen wird bald in der ganzen Republik jegliche Kritik am Islam per Gesetz verboten sein!** Dann werden wir Ungläubige steinigen und unsere ungehorsamen Frauen züchtigen müssen. Und keine *Alice Schwarzer* wird daran zu rütteln wagen! Und keine *Göring-Ekkardt* (Co-Chefin der Grünen) wird dann noch eine Frauen-Quote für Führungspositionen fordern, geschweige denn weibliche Priester oder gar weibliche Imame und Mullahs. Und niemand wird mehr der Gewalt gegen Christen Einhalt gebieten.

Was würden Sie dazu sagen, wenn der Staat bei Demonstrationen einseitig Partei ergreift und dafür die ihm anvertrauten Steuergelder verwendet? Sie können sich das nur unter einer Diktatur vorstellen wie seinerzeit in der DDR? Nun, soweit sind wir auch schon! Die Anti-Pegida-Demo am 10.01.15 wurde mit 105.000 Euro aus Steuermitteln bezuschusst. Der Staat verletzt damit seine Neutralitätspflicht. Er hebt die Demonstrationsfreiheit aus. Wie in einer Diktatur werden die Gegendemonstranten gekauft und das auch noch auf Kosten der Bürger und Steuerzahler. Nein, für Regierungspropaganda sieht das Grundgesetz die Verwendung von Steuermitteln nicht vor! Wer die ihm anvertrauten Steuern so selbstherrlich fehlverwendet, der hat jegliche moralische Berechtigung verwirkt, sich über die Eingriffe von Diktaturen in das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit (wie z. B. in Hongkong) oberlehrerhaft aufzuspielen.

Über 2.000 Berliner Schüler traten, teilweise mit ihren Lehrern, am 24. April 2015 in einen Schulstreik, um für Asylanten zu demonstrieren. Die Lehrer begingen damit eine Amtspflichtverletzung. Es ist ihnen nicht gestattet, während der Arbeitszeit ihren privaten Obliegenheiten nachzugehen und in Bezug auf die Kinder ihre Neutralitätspflicht zu verletzen. Außerdem wurden die Kinder von ihren Lehrern wie in Nordkorea oder wie in anderen Diktaturen manipuliert: Es wurde ihnen verschwiegen, daß sie gesetzeswidrig für die Aufnahme von *politisch NICHT verfolgten* Menschen auf die Straße geschickt wurden. Wir Eltern bezahlen die Lehrer mit unseren Steuergeldern, damit sie unsere Kinder unterrichten, nicht aber, damit sie sie während der Unterrichtszeiten auf die Straße schicken, zu Gesetzesbrüchen mißbrauchen und sie politisch manipulieren.

In anderen Schulen, wie z. B. den Lübecker Europaschulen, wurde die Teilnahme an Anti-Pegida-Demos zur Schulveranstaltung erklärt, womit die Teilnahme unter die Schulpflicht fiel.

Mittlerweile schrecken unsere Regierenden nicht einmal mehr vor Gewalt zurück. Immer öfter muß die Polizei auf oberste Anordnung hin („Deeskalation“), Gewaltanwendung von Feinden der Demokratie gegen die zu schützenden Bürger „tolerieren“. Insbesondere bürgerliche Demos werden immer massiver von linken Gewalttätern und sogenannten „Gegendemos“ bedroht. Wir fragen uns mit *Klaus Kelle* (*Freie Welt* vom 23.10.14): „Wieso läßt dieser Staat, wieso lassen Politiker und Medien zu, daß die Teilnehmer solcher Veranstaltungen („Marsch für das Leben“, Anti-ISIS-Demos, Pegida u. s. w., *die Redaktion*) inzwischen ihre körperliche Unversehrtheit riskieren, wenn sie für ihre verfassungsmäßigen Rechte auf die Straße gehen? **Wieso dürfen diese Leute beleidigt, bedroht und lächerlich gemacht werden? ...**“

Nur zwei Prozent der Asylbewerber werden anerkannt. Die restlichen 98 Prozent halten sich hier illegal auf und werden gesetzeswidrig auf Kosten der Steuerzahler durchgefüttert. Von mir und von Ihnen wird erwartet, daß wir uns an Recht und Gesetz halten. Doch einige Politiker und Kirchenvertreter maßen sich an, die Rückführung rechtmäßig abgewiesener Eindringlinge zu behindern, Asylbetrüger zu verstecken und Demonstrationen durch widerrechtliche Aktionen zu stören. **Sie verhöhn**en mit ihrem gesetzlosen Verhalten **den Rechtsstaat**. Sie erheben sich über das Gesetz, tun aber entrüstet, wenn der Bürger sie sich zum Vorbild nimmt und ebenfalls zu ungesetzlichen Mitteln greift... Es wäre die einem solchen Rechtsverfall vorbeugende Pflicht der Staatsanwälte, hier von Amts wegen zu ermitteln und anzuklagen!

Auch *Gunnar Schupelius* machte sich anlässlich des Mauerfalls 1989 in der „B.Z.“ vom 09. Nov. 2014 Gedanken über den erneuten Marsch in den Bevormundungsstaat in Deutschland:

„... Erinnern wir uns: Die DDR wurde nicht nur von roten Gangstern errichtet, sondern von sehr vielen Gutmenschen. Sie wollten den Bürger formen. Die DDR war nicht nur ein Polizeistaat, sondern auch ein pädagogischer Großversuch. Auf dem Weg in den Erziehungsstaat sind wir heute wieder. Wir müssen den Kurs ändern. **Wir brauchen keinen Vormund. Wir können selbst denken!**“ Dazu *Henryk M. Broder* in der *Welt*: „Wenn über die Umwidmung von Kirchen in Moscheen geredet wird, wenn Weihnachtsmärkte in Wintermärkte umbenannt werden, wenn ahnungslose Ignoranten sich dafür stark machen, dass in den Weihnachtsgottesdiensten islamische Lieder gesungen werden... , dann kann von der Gefahr einer Islamisierung nicht die Rede sein, dann ist sie bereits in vollem Gange.“ Und weiter: „Wenn sich eine nationale Einheitsfront formiert... und alle, die an dieser Prozession nicht teilnehmen wollen, zu Dumpfbacken, Nationalisten, Rassisten, Nazis und ‚Schande für Deutschland‘ erklärt werden, dann stimmt etwas nicht mit der gelebten Demokratie in unserem Land. Dann sind wir nicht auf dem Weg in eine neue DDR, sondern bereits mitten drin.“

*Konrad Kustos* im Portal „*geolitico.de*“ am 3. Mai 2015: „Normalerweise würde sich in einem funktionierenden Parteiensystem fast jede Partei gierig auf die potentiellen Wähler stürzen, die Schwierigkeiten mit dem Einwanderungsstrom haben, und man würde zumindest vorgeben, sich ihrer annehmen zu wollen. Stattdessen artikuliert das Parteienbündnis mit einer Stimme Haß und Verachtung gegen die, die es vertreten sollte... **Die parlamentarische Demokratie hat vielleicht nie wirklich gut funktioniert, - jetzt ist sie am Ende.**“

In Spanien ist man auf dem Weg in den Polizeistaat schon einen Schritt weiter. Dort wurde der Rechtsstaat aufgekündigt. In Spanien lebt die DDR wieder auf: Demonstrieren geht nicht mehr, die öffentliche Meinungsfreiheit wurde abgeschafft. Kommt es bei einer Demo, - zum Beispiel durch eingeschleuste Provokateure -, zu Ausschreitungen, dann wird das mit einem Bußgeld von bis zu 30.000 Euro geahndet. Da die spanischen Richter sich bisher schützend vor die Demonstrationsfreiheit gestellt haben, sind die „Vergehen“ nun „Ordnungswidrigkeiten“. Die Polizei kann also ganz ohne Richter einschreiten. Und nicht nur das: Räumt die Polizei zu gewalttätig auf, dann ist das auch kein Problem. Ein weiteres Gesetz verbietet das Fotografieren prügelnder Polizisten. Wer es dennoch tut, zum Beispiel als Beweis-Aufnahme, der zahlt ebenfalls 30.000 Euro Geldbuße. Wären das nicht auch tolle Gesetze für Deutschland, zum Beispiel gegen Pegida? Darauf werden wir wohl nicht mehr lange warten müssen...

Und wenn der Bürger dann vor den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg zieht und die EU-Institutionen verklagt, weil diese den Bruch des EU-Rechts zulassen? Auch das ist wie in jeder Diktatur bestens geregelt: Es ist dem einzelnen EU-Bürger verboten, die EU-Institutionen zu verklagen!

Was uns verschwiegen wird: Auch das nichteuropäische Ausland ist entsetzt. Nicht über Pegida, sondern über die schleichende Abschaffung der Demokratie, vor allem in Deutschland. Bezüglich der Judenverfolgung in Frankreich und der Pegida-Demonstrationsverbote in Deutschland äußerte der israelische Ministerpräsident **Benjamin Netanyahu** insbesondere mit Blick auf Dresden, daß Europa offensichtlich von einer „**Welle der Islamisierung**“ erfaßt werde. Und weiter: Israel könne es sich nicht leisten, von Staaten abhängig zu sein, in denen der Islam immer größeren Einfluß erlangt! Seine Worte lassen die Befürchtung erahnen, daß „die Deutschen“, die einst danach trachteten, „ihre“ Juden mit dem Nationalsozialismus zu vernichten, nun gleiches mit Hilfe des Islamismus versuchten. Und was tut die deutsche Regierung? Sie gießt noch Öl ins Feuer, indem sie es zuließ, daß Nordrhein-Westfalen ein Gesetz zum besonderen Schutz des Islam erließ, und indem sie sich durch das Verbot von Gegendemonstrationen schützend vor den Islamismus stellt. Wie einst die Weimarer Demokratie, so fängt nun auch die Folge-Republik an, vor der Gewalt Andersdenkender einzuknicken... Aber wie sollen Deutsche aus der Geschichte lernen, wenn in den Schulen der Geschichtsunterricht (auf Kosten des Islamunterrichts?) abgeschafft wird?

Für uns hört die Meinungsfreiheit jedenfalls nicht dort auf, wo der von den linken „Wächtern der Intoleranz“ verordnete Untertanengeist unter die sogenannte „Political Correctness“ wieder auflebt. Wer der AFD, der FBU und den Bürgern der Pegida Islam-Phobie als Krankheitsbild andichtet, wer Rufmord und Gesinnungsterror betreibt und Andersdenkenden den Arbeitsplatz kündigt, wer die Argumente der Gegenseite nicht diskutieren will, wer sich wie Gott im Zustand der absoluten Wahrheit wähnt und Meinungsfreiheit nur noch für seinesgleichen gelten läßt, der sollte sich mal auf seinen „gesunden“ Menschenverstand hin untersuchen lassen,

oder besser noch **einen Bildungsurlaub in einem KZ buchen, damit er spürt, was Bevormundung und Unfreiheit anrichten können!**



## Der Arabische Frühling – ein amerikanisches Leichenschauhaus

Frei nach dem Drehbuch: „Spalte und herrsche“ betreiben die USA ein mörderisches Spiel um die Vorherrschaft in der Welt. Denn nur wer ständig Unruhen schafft, wird auch als „Ordnungsmacht“ benötigt. Während bis heute die Urheberchaft des Angriffs auf die amerikanischen Zwillingstürme im Dunkeln ist, wurde damals aber sofort die Gelegenheit ergriffen, Afghanistan in einen dauernden Brandherd und in einen brodelnden Kessel von Glaubenskriegern zu verwandeln. Nach Afghanistan gingen die USA immer nach demselben Drehbuch vor:

Nichtregierungsorganisationen und ihre amerikanischen Beauftragten sorgten in einem Land für so schwere Unruhen, daß das Eingreifen der „Ordnungsmacht“ notwendig wurde, womit sichergestellt werden konnte, daß die Unordnung noch größer wurde. Oder haben Sie schon vergessen, wer die *al Kaida* in Afghanistan auf-, ausgerüstet und finanziert hatte? Es war der CIA!

Wie begann der „arabische Frühling“? Es gab einmal ein Land namens Libyen unter einem Diktator namens *Ghaddafi*. In diesem Land waren Bildung und medizinische Versorgung kostenlos. Der Diktator revolutionierte mit Wasser aus den Tiefen der Sahara die Landwirtschaft. Alle Menschen des Landes profitierten von der Ölförderung. Da verfiel der Diktator auf dieselbe tödliche Idee wie vor ihm schon *Saddam Hussein* aus dem Irak: Er wollte das Öl nicht mehr in Dollar abrechnen. Nun begannen die Amerikaner ein teuflisches Spiel. Sie wußten, daß der französische Präsident *Nicolas Sarkozy* aus seinem Wahlkampf noch Schulden in Höhe von 40 Millionen Euro bei *Ghaddafi* hatte. So war es für sie ein Leichtes, *N. Sarkozy* zum Mit-„Spielen“ zu bewegen.

Doch wie begannen die Unruhen in Libyen, einem heute von Stammes- und Glaubenskriegen zerrissenen Land? Unsere Redaktion hat jahrelang ermittelt und kann alles belegen:

Im afghanischen Taliban-Lager *Chost* nahe *Ghanzi* warb der CIA(!) einen Libyer namens *Abdel Hakim al-Hasidi* an. Im Auftrag der USA stellte *al-Hasidi* eine 300 Mann starke Einheit auf, die „Libyan Islamic Fighting Group“. Diese Truppe fand Verstärkung durch weitere 460 Insaßen aus Guantanamo! Ausbilder wurde *Abu S. I. A. Hamuda bin Qumu*, zuvor tätig für *Osama bin Laden*! Kommandeur wurde der Mudschaheddin *Salah al Barrani*. Dann wurde die Miliz noch um eine Einheit des privaten amerikanischen Sicherheitsunternehmens *Blackwater* ergänzt.

Die „Libyan Islamic Fighting Group“ trat im Auftrag der USA in Aktion und tat die „Eröffnungszüge“ im Krieg gegen *Gaddafi*. Dann sorgten die USA für „Ruhe und Ordnung“ und zerbombten zum Wohlgefallen der US-Agrar-Konzerne als erstes(!) die Wasserversorgung des Landes, und der französische Präsident *Nicolas Sarkozy* bombte seine Schulden weg. Ein aufblühendes Land wurde zerstört, in den Hunger und in die Arme des IS getrieben. Und die „dummen“ Deutschen nehmen die Flüchtlinge der brutalen amerikanischen Kriegsführung auf. – Doch nicht nur das: Mittlerweile kämpfen Deutsche auf Seiten des IS gegen Deutsche auf Seiten der Kurden und Jesiden. Und es kämpfen IS-Schergen mit US-Waffen gegen Kurden mit deutschen Gewehren (G36). Hier kann man nur noch beten, daß dieses Mal die deutschen Waffen gewinnen!

## Roter Herbst

Der Herbst, er kleidet sich mit Vorliebe in leuchtende Rottöne. Wohin das Auge schaut, sieht es rotwangige Äpfel und Birnen, die dunkelroten Blätter des wilden Weins, die zinnoberroten Früchte der Hagebutte oder das Orange-Rot der Lampionblumen. Manche Rottöne haben ihren Namen von Pflanzen oder Blumen, die sie kleiden, wie Kirschrot oder Rosenrot. Die Farbe Rot hat eine besondere Anziehungskraft und Intensität.

Gehen Sie doch einfach einmal auf Farbensuche und nehmen Sie sich ein bißchen Rot mit nach Hause! Die Farbe Rot begleitet Sie übrigens schon seit Ihrem Eintritt in die FBU, sind unsere Farben doch blau, weiß und rot.

**Nachdenkenswert:** Die Grünen gefallen sich immer mehr als Oberlehrer der Nation, was Straßenumbenennungen und den Gebrauch politisch „korrekter“ Begriffe betrifft. Unsere Recherchen ergaben, daß in Punkto Verwendung politisch anstößiger Worte die Grünen die NPD überholt haben. Folgende Begriffe aus der Nazizeit, die ihren Ursprung zwischen 1933 und 1945 haben, fanden wir verstärkt bei den Grünen, seltener hingegen bei allen anderen, oft als „braun“ hingestellten Parteien. Es sind dies Begriffe wie „Winterschlußverkauf, Verkehrsvorschriften, Fernsehen, Mieterschutz, Lebensmittelgesetz, Umweltschutz, Sexualaufklärung, Naturschutz“ usw. Es ist schon erschreckend, in welchem Ausmaß sich die Grünen gerade den bei der NSDAP breiten Raum einnehmenden Umwelt- und Naturschutz auf die Fahnen geschrieben haben. Um bei der Terminologie der Grünen zu bleiben: Inwieweit sich diese Partei nationalsozialistisches Gedankengut zu Eigen macht und wie weit das für den Einzelnen noch erträglich ist, das muß jeder für sich selbst entscheiden... Grins!

## Das Grundgesetz, es fordert den besonderen Schutz der Familie

Eine amerikanische Studie belegt, daß Kinder, die mit schwulen Vätern aufwachsen, mehr Probleme in Beziehungen und mehr soziale und emotionale Störungen haben als Kinder, die in einer intakten Familie groß werden.

Der Journalist *Matthias Matussek* hat viele Daten gesammelt und ausgewertet, die das Ergebnis zeitigten, daß Jugendliche, die ohne Vater aufwachsen, fünfmal mehr gefährdet sind, Selbstmord zu begehen. Das Risiko, drogenabhängig zu werden, ist zehnmal so hoch. Und das Risiko, im Gefängnis zu landen, ist gar zwanzigmal so hoch wie bei Buben aus normalen Familien.

Der Osnabrücker Professor Manfred Spieker schrieb in der FAZ:

„In der Familie werden die Weichen gestellt für die moralischen und emotionalen Orientierungen des Heranwachsenden, für seine Lern- und Leistungsbereitschaft, seine Kommunikations- und Bindungsfähigkeit, seine Zuverlässigkeit und Arbeitsmotivation, seine Konflikt- und Kompromißfähigkeit und seine Bereitschaft zur Gründung einer eigenen Familie, zur Weitergabe des Lebens und zur Übernahme von Verantwortung für andere.“ Und der Hirnforscher Gerald Hüther warnte, ebenfalls in der FAZ: „Frühe emotionale Erfahrungen werden im Gehirn verankert, sichere emotionale Bindungsbeziehungen sind die Voraussetzungen für eine optimale Hirnentwicklung. Störungen stellen für Kinder Belastungen dar, die umso weniger bewältigt werden können, je früher sie auftreten.“ Deshalb müsse die elterliche Erziehungskompetenz gestärkt werden: **„Kindertagesstätten können daher allenfalls der Aufnahme von Kindern in Not geratener Mütter, nicht aber zur Zwischenlagerung von Störenfrieden berufstätiger Eltern dienen!“**

## Ist der Computer männlich, weiblich oder „gender“?

Nach der den Menschen manipulierenden Gender-Theorie ist der Computer alles. Wer aber nicht mehr weiß, wie er ist, der hat halt Macken. Das ist wie bei den Kindern, die nicht mehr behütet und in Liebe aufwachsen, **sondern ungeliebt in staatliche Einrichtungen abgeschoben werden**. Auch diese entwickeln „Macken“. Und weil sie keine Roboter oder Computer sind, zeigen sich bei ihnen ungleich größere Macken. Die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie wies schon in 2009 darauf hin, daß 25 Prozent aller Kleinkinder psychische Störungen zeigen, und daß bei 20 Prozent der bis zu 17jährigen psychische Auffälligkeiten vorliegen. Die Auffälligkeiten haben ihre Ursache vor allem in der Gender-Theorie, einem menschenverachtenden Konzept, das die Geschlechtsunterscheide zwischen Mann und Frau leugnet.

Die von der EU geförderte Gender-Ideologie verachtet den Menschen als Individuum mit dem Ziel, ihn zu einem vereinheitlichten Stück unterschiedsloser Masse zu erniedrigen. Gender, die Negierung der geschlechtlichen Identität, schwappte ursprünglich wie so viele „Moden“ des Zeitgeistes aus den USA herüber. Das **Gender-Prinzip** wird aber mittlerweile auch von vielen Amerikanern als eine die Menschen bedrohende **feminine Krankheit des Geistes** bezeichnet, weil es auf eine widernatürliche Veränderung der geschlechtlichen Identität abzielt, hin zu einer Aufhebung der Geschlechtsdifferenzierung. Nach dem Faschismus und dem Kommunismus scheint der Genderismus zur dritten Geißel der Menschheit zu werden.

Daß der Computer von einem Deutschen namens Zuse erfunden wurde und von daher eigentlich Zuse heißen müsste, und daß sich der erste wissenschaftlich angewendete Computer 1943 im zivilen Einsatz der Lufthansa befand, das wissen Sie vielleicht. Daß die Amerikaner die Weiterentwicklung den Deutschen aber bis zum 5. Mai 1955 verboten hatten, um selber mehr oder minder erfolgreich am Computer herumzuschrauben, das wissen Sie spätestens jetzt.

Leider liegt das Ergebnis jenseits aller deutschen Wertarbeit. Der Computer hat so viele Macken, daß mittlerweile ein Gelehrtenstreit darüber ausgebrochen ist, ob er weiblich oder männlich sei.

### **Die Frauen votierten für männlich, weil:**

- Man muß ihn erst anmachen, um seine Aufmerksamkeit zu erregen,
- er hat jede Menge Wissen, ist aber trotzdem planlos,
- er sollte einem helfen, Probleme zu lösen, die halbe Zeit aber ist er selbst das Problem,
- sobald man sich einen zulegt, kommt man drauf, daß man wenig später einen besseren findet,
- weil die „0“ der Computersprache die „1“ umschlingt.

### **Die Männer stimmen aus folgenden Gründen für weiblich:**

- weil die „1“ mehr als eine „0“ ist,
- nicht einmal der Schöpfer versteht ihre innere Logik,
- die Sprache der Computer untereinander ist für niemanden sonst verständlich,
- sogar die kleinsten Fehler werden dem Anwender immer wieder vorgehalten,
- und sobald man einen hat, geht fast das ganze Geld für Zubehör drauf!

## **Die neue Kita-Familienpolitik: Eine widernatürliche Menschenhaltung**

Während man Jungtieren im Zoo die Eltern nicht ohne guten Grund wegnimmt, geschieht genau das bei Menschenkindern auf Bestreben der Industrie. Schon der Kommunist Friedrich Engels verurteilte vor 150 Jahren diese gesellschafts- und familienzerstörende Politik: „Die Beschäftigung der Frau in der Fabrik löst die Familie notwendig gänzlich auf. Und diese Auflösung hat... die demoralisierendsten Folgen, sowohl für die Eheleute wie für die Kinder. Eine Mutter, die nicht Zeit hat, sich um ihr Kind zu kümmern, ihm während der ersten Jahre die gewöhnlichsten Liebedienste zu erweisen, eine Mutter, die ihr Kind kaum zu sehen bekommt, kann diesem Kinde keine Mutter sein. Sie muß notwendig gleichgültig dagegen werden, es ohne Liebe, ohne Fürsorge behandeln wie ein ganz fremdes Kind. Und Kinder, die in solchen Verhältnissen aufwachsen, sind später für die Familie gänzlich verdorben, können nie in der Familie, die sie selber stiften, sich heimisch fühlen, weil sie nur ein isoliertes Leben kennengelernt haben, und müssen deshalb zur ohnehin schon allgemeinen Untergrabung der Familie bei den Arbeitern beitragen...“

## **Alt und krank? In Rente mit 67? Ab ins Altersheim? Unsere Alternative:**

Laut dem Gesundheitsministerium betragen die durchschnittlichen Kosten für ein Altersheim 200 Euro pro Tag. Unser Rentenfachmann hat ermittelt, daß eine Langzeitreise auf dem Kreuzfahrtschiff ‚Aida‘ circa 140 Euro je Tag kostet. Bei jedem Rentner, der sich statt fürs Altersheim für das Kreuzfahrtschiff entscheidet, könnten so 15 % der Kosten eingespart werden. Und er könnte täglich noch über 30 Euro Taschengeld verfügen. Die Vorteile liegen auf der Hand: Es gibt täglich mindestens 10 freie Mahlzeiten. Dazu muß man nicht einmal in die Bordrestaurants wackeln. Man kann sich das Essen vom Room Service auch auf das Zimmer, sprich in die Kabine bringen lassen. Man kann also an jedem Tag der Woche sein Frühstück im Bett einnehmen. Auf der Aida gibt es drei Schwimmbäder, einen Fitneßraum, freie Benutzung von Waschmaschine und Trockner und jeden Tag Animation und Unterhaltung. Es gibt kostenlos Zahnpasta, Rasierer, Seife und Shampoo. Und das Personal behandelt einem nicht wie einen lästigen Patienten, sondern hier ist der Kunde noch König. Für 15 Euro Trinkgeld am Tag lesen die Stewards einem jeden Wunsch von den Augen ab.

Außerdem lernt man alle paar Tage neue und interessante Leute kennen. Und nicht nur das. Ist der Fernseher kaputt, macht die Glühbirne schlapp, ist die Bettmatratze zu hart oder zu weich? Alles kein Problem. Das Personal wechselt alles kostenlos und bedankt sich noch für ihr Verständnis. Auch gibt es täglich frische Bettwäsche und Handtücher, ohne daß man danach fragen muß. Wenn man im Altersheim fällt und sich eine Rippe bricht, dann muß man wegen der Krankenkassenreform noch draufzahlen, während man auf der Aida von den Bordärzten kostenlos und zukommend behandelt wird. Und im Gegensatz zu Pflegeheimen hat man auch noch nicht gehört, daß man vom Personal eines Kreuzfahrtschiffes bedrängt oder gar misshandelt wird. Nun aber das Beste: Mit der Aida kann man im Gegensatz zu einem Altersheim noch auf die alten Tage in der Welt herumkommen, von Südafrika bis ans Nordkap, wohin man auch immer will. Und wenn dann wirklich eines Tages mal Schluß ist, dann wird man noch *kostenlos* entsorgt: - über die Relling. Am besten, ihr schreibt noch heute an die FBU, dann halten wir Rücksprache mit dem Gesundheitsminister und schon morgen ordern wir für unsere älteren Mitglieder gleich den ganzen Kutter.

## **Beschneidung beschneiden!**

Voll Abscheu blicken wir auf das Euthanasie-Programm der Nationalsozialisten. Welche Scheinheiligkeit, - werden doch behinderte Kinder nun einfach vor ihrer Geburt abgetrieben und auf den Müll geworfen. Hierzulande wird nicht so genau hingesehen, ob es um die (verbotene) schwere Züchtigung von Kindern durch ihre vorwiegend ausländischen Eltern geht, um die Gefährdung des Kindeswohls oder gar um das Leben eines Kindes. Schon in einer früheren Ausgabe der *Stimme der Freiheit* (Dez. 2013) sprach sich die FBU gegen medizinisch nicht notwendige Eingriffe aus, gegen die Mißhandlung, hier Verstümmelung von Kindern, die von religiösen Fanatikern (siehe Mädchen im Islam) nun auch in Deutschland vorgenommen werden darf.

Auch jüdische Knaben, obwohl sie erst im Alter von 13 Jahren die religiöse Mündigkeit erhalten, werden schon als wehrlose Säuglinge für ihr Leben gebrandmarkt. Ihnen wird die Selbstbestimmung über ihre körperliche Unversehrtheit genommen. Kein medizinischer Eingriff ist ohne Risiken und sollte allein der Entscheidung des Betroffenen (bei Volljährigkeit) vorbehalten sein. Allein in den USA sterben jährlich zwischen 110 und 120 Jungen an den Folgen der Beschneidung. Aber auch wenn die Wunde gut abheilt kann es im späteren Leben zu Beeinträchtigungen (z. B. des sexuellen Erlebens) kommen. **Das neue deutsche Beschneidungsgesetz ist abzuschaffen.** Es widerspricht der Menschenwürde und des Rechts auf körperliche Unversehrtheit.

## Die totale Überwachung

Der Wirtschaftsjournalist *Michael Mross* berichtete in seinem Internet-Portal „MMnews“ von einem internen EU-Papier, nach dem die EU, die *Achse des Bösen*, das Bargeld ab 2018 abschaffen will. Der Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker habe bereits seine Zustimmung gegeben. Mit dem Vorwand der Verbrechensbekämpfung und Geldwäsche sollen alle Menschen gezwungen werden, ein Bankkonto zu besitzen. Die Mafia wird das nicht behindern. Und Internet-Gangster werden die Konten ihrer Mitmenschen auch weiterhin plündern. Dazu *Uli Dönch* im *Focus* vom 11.12.2014: „Zwang, Enteignung, Bevormundung – nur noch in diesen Kategorien scheinen Politiker denken zu können. Ganz anders der frühere Bundesbank-Volkswirt *Otmar Issing*. Er nannte Bargeld ‚geprägte Freiheit‘! Und hat damit völlig Recht: Nur dank Bargeld können wir unsere Geschäfte frei abwickeln – ohne aufdringliche Finanzkonzerne. Und vor allem ohne den Staat, der nur zu gern unser aller Geld für uns verwalten würde.“

**Der wahre Grund für die Abschaffung des Bargeldes ist die totale Überwachung!** Alle Menschen werden im wahrsten Sinne des Wortes auslesbar! Jeder Schritt wird verfolgbar, ob wir einkaufen gehen, tanken gehen, ausgehen... Jeder Mensch hinterläßt dann eine gewaltige Datenspur. Jeder Mensch wird absolut gläsern. Nichts bleibt dem Staat verborgen, nicht einmal der letzte Cent! Außerdem hat man Zugriff auf alle Besitztümer der Menschen und kann Negativzinsen zur Banken- und Staatsschuldenfinanzierung erheben. Falls dann auch noch der Besitz von Edelmetallen verboten wird, kann sich niemand mehr vor Enteignung schützen. **Stellen Sie sich einmal vor, die Partei, die Sie am wenigsten mögen, käme an die Macht!** Verweigern Sie dann Ihre Gleichschaltung und Jubelhaltung, so braucht die Regierung nur Ihr Konto zu sperren...

Nach ersten Einschränkungen des Bargeldverkehrs in Frankreich hat nun Dänemark erklärt, ab 2016 keine Münzen und Geldscheine mehr in Umlauf zu bringen, so wie die Kommissare der EU es wünschen! Und Finanzminister Schäuble bestätigt, daß die BRD seit 1945 nicht souverän ist. Dazu Professor *Schachtschneider*: „Wenn Deutschland also nicht souverän ist, dann herrscht ein anderer Staat oder eine Staatengemeinschaft oder eine Person oder Personengruppe, irgendeine Macht über Deutschland und Schäuble ist dessen bzw. deren Agent und nicht Vertreter des deutschen Volkes, vielmehr dient er fremden Interessen. Das läßt sich nicht mehr kaschieren.“

Wer sich immer wieder „auf Linie“ bringen läßt und diese Politiker immer wieder wählt, dem sei mit den Worten des großen Philosophen *Immanuel Kant* gesagt: „Wer sich zum Wurm macht, kann nachher nicht klagen, wenn er mit Füßen getreten wird!“ **Zeigen Sie schon heute Ihre Verachtung für die bargeldlose Diktatur, indem Sie nur noch bar bezahlen und es den Politikern so schwer wie irgend möglich machen, Bargeld zu verbieten.** Gegen ein ganzes barzahlendes Volk kann keine Regierung eine Finanz-Diktatur durchsetzen.

- Und kaufen Sie Gold, zum Beispiel bei der Unterstützungskasse der FBU, Tel. 06898-6940655.

**Aktuelle Meldung, gerade hereingekommen:** Der Welthellseherkongreß der Europäischen Zentralbank (EZB) zum Euro wurde abgesagt, - wegen unvorhergesehener Ereignisse.

## Der politische Witz

So manchem politischen Gauckler wünscht man das Berufsbild des Abschmeckers in der Kläranlage. Und damit sind wir auch schon beim Thema Glaubwürdigkeit:

Was ist glaubwürdiger: Ein Waschmittel oder ein Politiker? Ein Waschmittel! Denn es hält, was es verspricht. Es wäscht dreckige Wäsche. Zwar waschen auch Politiker dreckige Wäsche, die wird dabei aber nicht sauberer...

**Impressum, Herausgeber:** Freie Bürger Union (FBU), Landesverband Saar.

**Heimseite**, auch Bundesangelegenheiten: [www.saar-fbu.de](http://www.saar-fbu.de), Mailkasten: [kontakt@saar-fbu.de](mailto:kontakt@saar-fbu.de)

**V.i.S.d.P.:** Reinhold Rupp, Chefredakteur, Großstr. 3, 66740 Saarlouis, Telefon: 06831-3554

**Anschrift:** FBU LV Saar, Postfach 1499, PLZ 66714 Saarlouis, Redakteur: AE

**Erscheinungsweise:** 4 Ausgaben im Jahr, quartalsmäßig, **Auflage:** 700.

**Bezugspreis:** Im Mitgliedsbeitrag enthalten, sonst freiwillige Spenden.

**Redaktionsschluß** für die *Stimme der Freiheit* 04/15 ist der 10.11.2015, **Bankverbindung:**

Sparkasse Saarbrücken, **IBAN:** DE36 5905 0101 0029 0126 55, **BIC:** SAKSDE55

**Gläubiger-Identifikationsnummer:** DE58ZZZ00001217730

Der Staatssekretär vom Zeitgeist-Ministerium warnt: Diese Zeitung gefährdet Ihre politische Korrektheit

Wir trauern um unser Mitglied Imelda Hein. Sie verließ uns im stolzen Alter von neunzig Jahren.